

Schweizer Krankenkassenprämien: Wer zahlt wie viel?

Nora Wille^a, Jürg Schlup^b

^a Dr. phil., persönliche wissenschaftliche Mitarbeiterin des Präsidenten; ^b Dr. med., Präsident der FMH

Die obligatorischen Krankenkassenprämien betreffen jeden Haushalt in der Schweiz. Entsprechend gross ist die öffentliche Aufmerksamkeit, wenn es um die Belastung der Haushalte durch die Grundversicherung geht. Dennoch wird selten übersichtliches Zahlenmaterial zu den Prämienzahlungen der Bevölkerung präsentiert. Dieser Artikel geht darum der Frage nach, wer in der Schweiz wie viel Prämien zahlt.

Die Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) sind nicht nur bedeutsam, weil sie 36% unseres Gesundheitswesens finanzieren [1]. Vor allem betreffen sie jeden Haushalt und steigen jedes Jahr an. Verständlich also, dass die Entwicklung der Ausgaben für die Grundversicherung viel Aufmerksamkeit erhält. In der Medienlandschaft finden dabei regelmässig Stimmen Gehör, die vor einer Überlastung der Haushalte und einem Scheitern des gesamten Versicherungssystems warnen.

Berechtigte Warnungen? Oder Alarmismus?

So warnte z.B. Ende 2017 Daniel Scheidegger, Präsident der SAMW, bei einem weiteren Kostenanstieg im Gesundheitswesen käme es «irgendwann zum Volksaufstand» [2]. Für Familien sei es «entwürdigend» «wenn sie die Prämien für ihre Familie nicht mehr ohne Hilfe bezahlen können, obwohl sie einen vernünftigen Lohn haben» [2].

Damit sprach er einen Aspekt an, der die Bevölkerung besonders bewegt: die Prämienbelastung von Familien. So titelte *20 Minuten* Mitte August 2017 in der gesamten Deutschschweiz und im Tessin: «Prämien bringen fast jede zweite Familie ans Limit» [3], und berief sich dabei auf eine Umfrage des Vergleichsdienstes Comparis [4]. Was *20 Minuten* leider gar nicht und Comparis nur im Kleingedruckten erwähnte: Diese Umfrage war «nicht repräsentativ» [4] – erlaubte also keinerlei Aussagen über Familien in der Schweiz. Dennoch übernahm die CVP diese Überschrift nahezu wortgleich in ihrem aktuellen Werbespot zur Kosten-

bremse-Initiative: «Jede zweite Familie ist am Limit», lautet es dort [5] – ohne jeden Beleg.

Auch die von offiziellen Stellen präsentierten Zahlen zur Prämienlast trugen nicht immer zur Aufklärung bei. So gab das Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Dezember 2018 bekannt, im Jahr 2017 hätten die Haushalte durchschnittlich 14 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die OKP-Prämien aufwenden müssen. «Doch das ist falsch» – wie die NZZ nachrechnete [6]. Auf Nachfrage der NZZ «präzisierte» das BAG, man habe sich nur auf Haushalte «in bescheidenen finanziellen Verhältnissen» bezogen [6]. Aber selbst für diese schienen die publizierten Zahlen wenig realistisch: Die hypothetischen Durchschnittswerte des BAG unterstellten, dass auch Haushalte in bescheidenen finanziellen Verhältnissen die durchschnittliche Standardprämie bezahlen – und sich nicht für kostengünstigere Versicherungsoptionen entscheiden. Mit Letzteren betrügen die Prämienausgaben einer vierköpfigen Zürcher Familie gemäss NZZ sieben Prozent ihres Einkommens – und nicht 16 Prozent, wie das BAG angab [6].

Wie hoch ist die Prämienlast denn nun? Datengrundlage und Vorgehen

Im Sinne einer faktenbasierten Diskussion beleuchtet dieser Artikel die Prämienbelastung verschiedener Haushaltstypen und Einkommensgruppen in der Schweiz. Auf Basis der Haushaltsbudgeterhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) [7] werden Prämien- und andere Gesundheitsausgaben sowohl (a) in Prozent des *Bruttohaushaltseinkommens* als auch (b) in Prozent des *verfügbaren Einkommens* dargestellt. Ersteres

Tabelle 1: Monatliche obligatorische Transferausgaben und Gesundheitskosten nach Einkommensklasse (Quelle: Haushaltsbudgeterhebung 2012–2014, Bundesamt für Statistik).

Haushalte nach Einkommensklasse	Gesamt	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
Bruttoeinkommen: Range in CHF		<5021	5021–7336	7337–9978	9979–13687	> 13687
Bruttoeinkommen: Durchschnitt in CHF	10064	3542	6173	8628	11 663	20302
Oblig. Transferausgaben^a (CHF)	27,3% (2750)	26,7% (945)	25,6% (1581)	25,4% (2191)	26,1% (3045)	29,5% (5984)
Steuern^a (CHF)	11,8% (1184)	10,8% (382)	10,4% (640)	9,6% (829)	10,1% (1177)	14,2% (2890)
Sozialversicherungen^a (CHF)	9,9% (997)	3,6% (128)	7,0% (434)	9,1% (783)	10,7% (1248)	11,8% (2391)
OKP-Prämien^a (CHF)	5,7% (568)	12,3% (435)	8,2% (506)	6,7% (579)	5,3% (619)	3,5% (703)
Ausgaben für Zusatzversicherungen^a	1,5% (155)	2,5% (90)	2,0% (125)	1,9% (165)	1,4% (166)	1,1% (232)
Weitere Gesundheitsausgaben^{a,b}	2,6% (264)	5,5% (194)	3,8% (234)	3,2% (277)	2,4% (279)	1,7% (334)
OKP-Prämien in Prozent vom verfügbaren Einkommen^c	7,2%	14,4%	9,9%	8,3%	6,7%	4,7%

^a Angaben in Prozent vom Haushaltsbruttoeinkommen und absoluter Betrag in Franken. ^b Weitere Gesundheitsausgaben beinhalten Ausgaben z.B. für Medikamente, Sehhilfen, Sanitätsprodukte oder auch Leistungen vom Arzt, Zahnarzt oder Labor. ^c Angabe in Prozent vom nach Abzug von Steuern und anderen Sozialversicherungen verbleibenden Einkommens.

erlaubt, die Prämien gemeinsam mit den anderen obligatorischen Abgaben, d.h. Steuern und Sozialversicherungen, zu betrachten. Die Relativierung der Prämienzahlungen am *verfügbaren Einkommen* zeigt hingegen, wie viel Prozent des nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungen verbleibenden Einkommens für die Prämien aufgewendet werden.

5,7% des Bruttohaushaltseinkommens werden für OKP-Prämien ausgegeben

Die Daten des Bundesamts für Statistik erlauben eine Unterteilung sämtlicher Haushalte in fünf gleichgrosse Einkommensgruppen – Quintile –, wobei das Fünftel der Haushalte mit dem geringsten Einkommen von weniger als 5021 Franken im Monat lebt und im Durchschnitt ein *Bruttoeinkommen* von 3542 Franken aufweist (Tab. 1). Das wohlhabendste Quintil erzielt hingegen *Bruttohaushaltseinkommen* von mehr als 13 687 Franken – im Durchschnitt 20 302 Franken im Monat. Die übrigen 60% der Haushalte weisen ein *Bruttoeinkommen* zwischen 5021 und 13 687 Franken auf.

Über alle Haushalte betrachtet, werden 5,7% des *Bruttoeinkommens* bzw. 7,2% des *verfügbaren Einkommens* für OKP-Prämien ausgegeben. Zwischen den Einkommensgruppen bestehen jedoch deutliche Unterschiede. Während das Fünftel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen 12,3% ihres *Bruttoeinkommens* bzw. 14,4% ihres *verfügbaren Einkommens* für OKP-Prämien bezahlen, sind es beim wohlhabendsten Fünftel der Haushalte nur 3,5% bzw. 4,7%. Die 60% der Haushalte der mittleren Einkommensgruppen wenden durchschnittlich zwischen 5,3% und 8,2% des

Bruttoeinkommens bzw. zwischen 6,7% und 9,9% des *verfügbaren Einkommens* für die Grundversicherung auf. Auch die Zusatzversicherungen und weitere Gesundheitsausgaben fallen bei den Haushalten mit dem geringsten Einkommen – trotz absolut niedrigerer Ausgaben – prozentual stärker ins Gewicht.

Während die OKP-Kopfprämien bei den verschiedenen Einkommensgruppen sehr unterschiedliche Anteile des Haushaltseinkommens beanspruchen, bewegt sich die Gesamtheit der obligatorischen Transferausgaben für alle Haushalte in einer ähnlichen Höhe: Fasst man die Ausgaben für Steuern, Sozialversicherungen und OKP-Prämien zusammen, liegen die Ausgaben aller Einkommensgruppen prozentual zwischen 25,4% und 29,5%.

Die prozentual höchsten Prämienausgaben weisen Paare ab 65 Jahren auf

In der Aufgliederung nach Haushaltstyp in Abbildung 1 (bzw. Tabelle 2, online) zeigt sich, dass Haushalte mit älteren Paaren und Einzelpersonen durchschnittlich die höchsten prozentualen Ausgaben für die OKP-Prämien aufweisen. Erst danach folgen Alleinerziehende und Paare mit Kindern. Den geringsten prozentualen Aufwand weisen kinderlose Haushalte von Einzelpersonen oder Paaren unter 65 Jahren auf, deren Prämienzahlungen lediglich etwa 4% des *Bruttohaushaltseinkommens* bzw. 5 bis 6% des *verfügbaren Einkommens* ausmachen.

Auch die Unterteilung der verschiedenen Haushaltstypen nach Einkommensgruppen zeigt die prozentual höchsten Ausgaben bei den Senioren: Hier verwen-

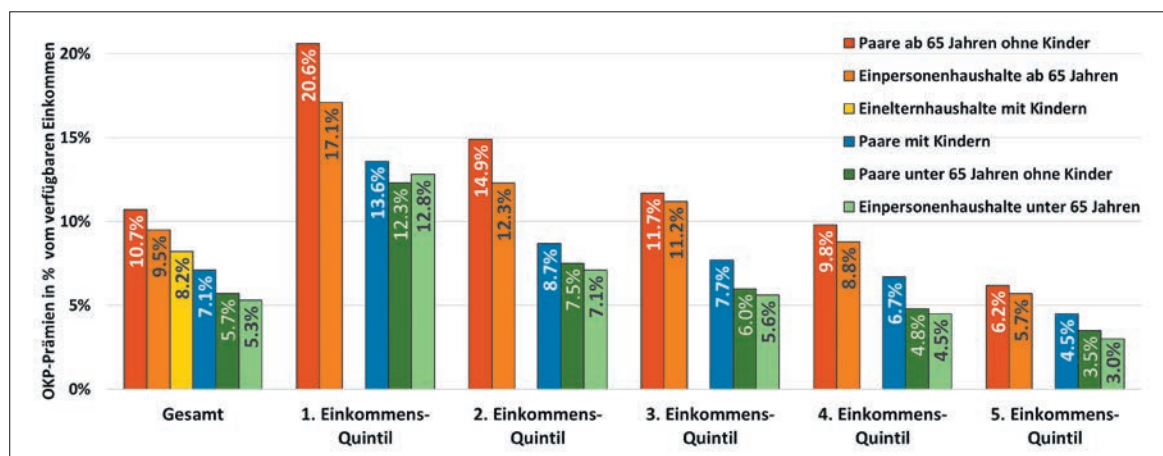


Abbildung 1: Ausgaben für Prämien der Grundversicherung in Prozent des verfügbaren Einkommens nach Haushaltstyp und Einkommensklasse (Haushaltsbudgeterhebung 2012–2014, Bundesamt für Statistik)^a.

^a Für Einelternhaushalte war eine Aufgliederung nach Einkommensquintilen leider nicht verfügbar. Die ausführlichen Daten sind als Tabelle im Anhang online verfügbar.

den die Paarhaushalte der niedrigsten Einkommensgruppe 20,6% ihres verfügbaren Einkommens für die Prämienzahlungen. Bei Paaren mit Kindern sind es in der niedrigsten Einkommensgruppe 11,2%. Bei der Interpretation ist jedoch Vorsicht geboten: Da Familien mit ihrem Einkommen höhere Aufwendungen bestreiten müssen als Seniorenhaushalte, können auch prozentual niedrigere Ausgaben für sie stärker ins Gewicht fallen. Senioren setzen gemäss BFS auch höhere Anteile ihres Haushaltsbruttoeinkommens für «weitere Gesundheitsausgaben» ein, d.h. für Medikamente, Sehhilfen, Sanitätsprodukte oder auch Leistungen vom Arzt, Zahnarzt oder Labor. Während diese Kosten im Schweizer Durchschnitt 2,6% betragen, liegen sie bei Einzelpersonen bzw. Paarhaushalten ab 65 Jahren bei 4,7% bzw. 5,3%.

Die italienische Schweiz gibt am meisten für Prämien aus – die Romandie am meisten für obligatorische Abgaben

Von den verschiedenen Sprachregionen gibt die deutsche und rätoromanische Schweiz nur 5,4% des Bruttohaushaltseinkommens für Prämien aus, die Romandie hingegen 6,1% und die italienische Schweiz 6,9%. Trotz dieser Prämienlast weist die italienische Schweiz jedoch mit insgesamt 26,5% weniger obligatorische Abgaben auf als die deutsche und rätoromanische Schweiz (26,9%) und die Romandie (28,8%). In Letzterer sind die höheren Steuern entscheidend: So weist z.B. der Kanton Waadt nach dem Tessin mit 6,3% die zweithöchste Prämienlast auf. Durch die steuerliche Belastung von 14,5% (Schweizer Durchschnitt = 11,8%) erreicht die Waadt dann jedoch insgesamt mit 30,4% die höchsten obligatorischen Transferausgaben (Gesamtschweiz 27,3%).

Fazit und Schlussfolgerungen

Die berichteten Zahlen zeigen, dass sich die Höhe der OKP-Prämien für Haushalte in der Schweiz extrem verschieden darstellt. Während die Haushalte mit niedrigem Einkommen einen deutlich spürbaren Anteil ihrer Einkünfte für Prämien verwenden müssen, benötigen vier von fünf Einkommensklassen hierfür durchschnittlich weniger als zehn Prozent ihres verfügbaren Einkommens – das finanzkräftigste Fünftel sogar unter fünf Prozent. Daraus ergeben sich einige Überlegungen im Hinblick auf aktuelle politische Diskussionen:

Die grossen Unterschiede in der Prämienlast erfordern eine gezielte Unterstützung von Haushalten mit geringeren Einkommen. Wo die OKP-Prämien für manche Haushalte kaum tragbar sind, während andere sie ohne Probleme bezahlen können, ist die Frage der Lastenverteilung von Bedeutung. Hier liegt es in der Verantwortung der Kantone, die Prämienverbilligungen als gezielte Unterstützung sinnvoll einzusetzen. Dass die kantonale Prämienverbilligungspolitik Unterstützungsbedarf vermehrt bei älteren Personen als bei erwerbstätigen und jungen Menschen ausmacht [8], plausibilisiert die hier präsentierten Ergebnisse.

Es braucht eine einheitliche Finanzierung, um den Prämienzahler – und die Kopfprämien – zu entlasten. Da aktuell ambulante Leistungen vollständig prämiert, stationäre Leistungen aber überwiegend steuerfinanziert werden, entlastet die Verlagerung von stationär zu ambulant zwar den Steuerzahler – belastet aber dafür den Prämienzahler. Da die OKP-Kopfprämien im Gegensatz zu den Steuern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht berücksichtigen, nimmt eine solche Entwicklung finanzschwächere Haushalte über-

proportional in die Pflicht. Dem kann eine einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen entgegenwirken – die überdies grosse Effizienzpotentiale freisetzen kann.

Die hohe Prämienbelastung eines Teils der Haushalte rechtfertigt keinen Kostendeckel für die gesamte Versorgung. Viele Akteure, die die Untragbarkeit der Prämien betonen, leiten daraus die Forderung nach einer Kostenobergrenze bzw. einem Globalbudget ab. Die grossen Unterschiede zwischen den Haushalten lassen diese Forderung jedoch fragwürdig erscheinen. Ein solcher Kostendeckel würde die gesamte Gesundheitsversorgung beschränken, obwohl diese allgemein sehr geschätzt wird und für die meisten Haushalte finanziell tragbar ist. Gleichzeitig träge man damit vor allem weniger wohlhabende Personen, die auf einen guten Zugang zu einem solidarisch finanzierten Gesundheitswesen angewiesen sind und in einer Zwei-Klassen-Medizin das Nachsehen hätten [9].

Dr. med. Jürg Schlup
Präsident der FMH
Elfenstrasse 18
Postfach 300
CH-3000 Bern 15

Literatur

- 1 Bundesamt für Statistik. Kosten des Gesundheitswesens 2017, provisorische Daten. URL: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheits/kosten-finanzierung.html> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 2 NZZ, 27. November 2017. «Das Gesundheitswesen ist wie die Swissair vor dem Grounding». URL: <https://www.nzz.ch/schweiz/das-gesundheitswesen-ist-wie-die-swissair-vor-dem-grounding-ld.1332256> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 3 20 Minuten, 15. August 2017. Prämien bringen fast jede zweite Familie ans Limit. URL: <https://www.20min.ch/finance/news/story/Praemien-bringen-fast-jede-zweite-Familie-ans-Limit-17239001> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 4 Comparis.ch, 15.8.2017. Höhere Krankenkassenprämie: Jede zweite Familie am Limit. URL: <https://www.comparis.ch/krankenkassen/pramien/aktuelles/pramien-erhoehung-umfrage-2018> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 5 Spot zur Kostenbremse-Initiative; Sekunden 15–18. URL: <https://www.cvp.ch/de/initiative-fuer-tiefere-praemien-kostenbremse-im-gesundheitswesen-0> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 6 Hehli S. Prämienbelastung ist weniger hoch als behauptet. NZZ, 14.12.2018.
- 7 Die aktuellsten verfügbaren Daten der Haushaltsbudgeterhebung, die Differenzierungen nach Einkommensklasse, Haushaltstyp, Sprachregion etc. erlauben, stammten zum Zeitpunkt der Sichtung aus den Jahren 2012–2014. URL: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheits/kosten-finanzierung.html> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 8 Gyger P. Helsana-Prämienreport. 20 Jahre Prämien-Zahlen. April 2018. URL: <https://epaper.helsana.ch/pramienreport/de/> (letzter Zugriff 26.7.2019).
- 9 Hartwig J, Krämer H. Baumolsche Kostenkrankheit im schweizerischen Gesundheitswesen. Schweiz Ärztztg. 2018;99(26–27):874–7. URL: <https://saez.ch/de/article/doi/saez.2018.06844/>



Berner Fachhochschule
► Gesundheit

CAS – Qualität in der Medizin für die patientennahe Arbeitspraxis

interprofessionell und sektorenübergreifend

Kursdauer März bis September 2020
Anmeldung bis 3.2.2020 unter bfh.ch/gesundheits/weiterbildung/cas/qualitaet-in-der-medizin

Tabelle 2 (nur in Online-Version): Ausgaben für Prämien der Grundversicherung nach Haushaltstyp und Einkommensklasse (Haushaltsbudgeterhebung 2012–2014, Bundesamt für Statistik).

	Gesamt	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
Einpersonenhaushalte unter 65 Jahren						
Ø Haushaltsbruttoeinkommen (CHF)	7029	2753	5020	6390	8117	12845
Prämien: % vom Bruttoeinkommen	4,1%	10,8%	5,8%	4,4%	3,5%	2,2%
Prämien: % vom verfügbaren Einkommen	5,3%	12,8%	7,1%	5,6%	4,5%	3,0%
Einpersonenhaushalte ab 65 Jahren						
Ø Haushaltsbruttoeinkommen (CHF)	4992	2351	3201	4086	5413	9899
Prämien: % vom Bruttoeinkommen	7,7%	15,3%	11,2%	9,8%	7,6%	4,0%
Prämien: % vom verfügbaren Einkommen	9,5%	17,1%	12,3%	11,2%	8,8%	5,7%
Paare unter 65 Jahren ohne Kinder						
Ø Haushaltsbruttoeinkommen (CHF)	12758	5957	9274	11644	14404	22485
Prämien: % vom Bruttoeinkommen	4,4%	9,9%	5,9%	4,7%	3,7%	2,6%
Prämien: % vom verfügbaren Einkommen	5,7%	12,3%	7,5%	6,0%	4,8%	3,5%
Paare ab 65 Jahren ohne Kinder						
Ø Haushaltsbruttoeinkommen (CHF)	8283	3974	5595	7105	8933	15779
Prämien: % vom Bruttoeinkommen	8,8%	17,4%	12,9%	10,1%	8,3%	4,8%
Prämien: % vom verfügbaren Einkommen	10,7%	20,6%	14,9%	11,7%	9,8%	6,2%
Paare mit Kindern						
Ø Haushaltsbruttoeinkommen (CHF)	13644	6525	9525	11778	14838	25527
Prämien: % vom Bruttoeinkommen	5,5%	11,2%	7,2%	6,2%	5,3%	3,3%
Prämien: % vom verfügbaren Einkommen	7,1%	13,6%	8,7%	7,7%	6,7%	4,5%
Einelternhaushalte mit Kindern^a						
Ø Haushaltsbruttoeinkommen (CHF)	8500					
Prämien: % vom Bruttoeinkommen	6,7%					
Prämien: % vom verfügbaren Einkommen	8,2%					

^a Für Einelternhaushalte war eine Aufgliederung nach Einkommensquintilen leider nicht verfügbar.